

25. August bis 11. September 2018

Die US-Notenbank Federal Reserve hat den Großbanken **Deutsche Bank**, **Credit Suisse**, **UBS**, **Barclays** und **Prudential Financial** in den USA ein Jahr mehr Zeit zur Erstellung eines Krisenplans gegeben. Die Institute müssen der Mitteilung zufolge ihre Vorschläge für eine branchenschonende Abwicklung im Fall einer Insolvenz jetzt erst am 1. Juli 2020 vorlegen. Eigentlich müssen Großbanken solche Notfallpläne jährlich bereitstellen, kritisierten jedoch den hohen Aufwand. Die Fed begründete die erneute Verlängerung unter anderem damit, dass sie den Banken so noch mehr Rückmeldungen geben könne.

Die **Deutsche Bank** baut ihr Zahlungsverkehrsgeschäft aus und hat sich an dem amerikanischen Start-up **Modo Payments (Modo)** beteiligt. Das Start-up ist auf die Abwicklung mobiler Zahlungen spezialisiert. Die Deutsche Bank will die Technologie von Modo nutzen, um ihr Geschäft im Bereich digitaler Business-to-Business (B2B)- und Business-to-Consumer (B2C)-Zahlungen zu erweitern. Die Bank kann dadurch Zahlungen auf Nichtbanken-Plattformen wie Alipay, Paypal, M-Pesa und WeChat abwickeln, zum Beispiel Zahlungen an mobile Geldbörsen (Mobile Wallets). Beide Parteien haben über die Details der Transaktion Stillschweigen vereinbart.

Die **Helaba Landesbank Hessen-Thüringen** hat eine digitale Plattform für die Vermittlung von Kommunalkrediten live geschaltet. Mit dem Joint Venture der **Helaba Digital**, der Beteiligungsgesellschaft der Helaba und der **Lucht Probst Associates (LPA)** sollen sich mit „Komuno“ Ausschreibungsprozesse für Investitions- sowie Kassenkredite schneller und effizienter abwickeln lassen. Das Spektrum umfasst Leistungen von Neuaufnahmen von Krediten und Prolongationen über kurzfristige Liquidität bis zu langer Zinsbindung. Dank Haushaltskennzahlen, Informationen zu Haushaltstatus und Upload-Möglichkeit für Haushaltspläne, -satzungen und Kreditgenehmigungen soll der Aufwand für Investoren gering

bleiben. Aktuell sind auf Komuno neben Kommunen nur Sparkassen und Landesbanken zugelassen.

Société Générale muss den US-Behörden eine Geldstrafe von fast 1,2 Milliarden Euro bezahlen. Hintergrund sind Verstöße der französischen Großbank gegen internationale Sanktionen. Die Bußen würden fast komplett durch dafür vorgesehene Rückstellungen abgedeckt, heißt es in der Mitteilung.

Postfinance, Banktochter der **Schweizer Post**, soll teilprivatisiert werden und künftig auch selbst Kredite und Hypotheken vergeben dürfen, heißt es vonseiten der Schweizer Regierung. Die Beteiligung Dritter soll es ermöglichen, Eigenkapital für das Institut mit knapp drei Millionen Kunden zu beschaffen. Trotzdem soll die schweizerische Post und damit indirekt der Bund Mehrheitsaktionär von Postfinance bleiben.

Der **Schnigge Wertpapierhandelsbank** ist es nicht gelungen, mithilfe eines Investors ausreichend Eigenkapital für ihr Bankgeschäft einzusammeln. Die Erlaubnis für Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen hat die Bank damit zurückgegeben und das Geschäft beendet, teilte das Haus ad hoc mit. Die 1992 gegründete Gesellschaft war insbesondere um die Jahrtausendwende als Anbieter vor- und außerbörslicher Kurse bekannt.

Die **Zentralbank von Singapur (Monetary Authority of Singapore, MAS)** will das Finanzzentrum Singapur zu einem wichtigen Zentrum für Blockchain machen und startet zu diese Zweck ein Pilotprojekt. Als Projektpartner wurden **Anquan**, **Deloitte** und die US-Technologiebörse **Nasdaq** angeheuert. Beim Pilotprojekt werden die Banken Barmittel als Sicherheit bei der MAS hinterlegen und für eine vom MAS ausgestellte Digitalwährung umtauschen. In einem nächsten Schritt sollen auch Devisentransaktionen möglich sein. Die Entwickler setzen dabei auf Software von dem Singapur Block-chain-Projekt Ubin auf, das allgemein In-

frastruktur-Lösungen auf Distributed-Ledger-Basis entwickelt und bis 2020 greifbare Ergebnisse liefern soll.

Die Schweizer Großbank **UBS** verkauft ihre digitale Vermögensverwaltungs-Plattform **Smartwealth** an den US-amerikanischen Robo-Advisor **Sigfig**. Demnach hat die Bank das Engagement bei Smartwealth überprüft und dabei festgestellt, dass das kurzfristige Potenzial für die Plattform begrenzt ist, heißt es in einer Mitteilung. Smartwealth war Anfang 2017 in Großbritannien gestartet. Komplette von dem Projekt verabschiedet sich die Bank jedoch nicht: Die UBS ist seit 2016 an Sigfig beteiligt. Angaben zu finanziellen Details des Deals machten beide Seiten nicht.

Die niederländische Großbank **ING** zahlt eine Geldbuße von 775 Millionen Euro (900 Millionen US-Dollar), um ein Verfahren der niederländischen Staatsanwaltschaft wegen Geldwäsche und Korruption beizulegen. Die Behörden werfen der ING vor, im Zeitraum von 2010 bis 2016 gegen Gesetze zur Verhinderung von Geldwäsche sowie der Terrorfinanzierung verstoßen zu haben. Dieser Betrag entspricht auch der Höhe, die die ING im Untersuchungszeitraum zur Vermeidung von Geldwäsche hätte aufwenden müssen. Die ING hat für die Strafzahlung, die im dritten Quartal verbucht werden soll, keine Rückstellungen gebildet, wie die Bank mitteilt.

Munich Re will das Berliner Start-up-Unternehmen **Relayr** komplett übernehmen. Der Rückversicherer bietet für den Erwerb des auf das Internet der Dinge spezialisierten Technologieunternehmens rund 250 Millionen Dollar. Der Dax-Konzern hält bereits 15 Prozent an der vor fünf Jahren gegründeten Softwarefirma, mit der Transaktion kauft der Branchenprimus die übrigen Gesellschafter aus Relayr heraus. Munich Re rechnet damit, die Übernahme bis Mitte Oktober dieses Jahres zu vollziehen, die Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörden vorausgesetzt.